

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	004/0011/2012
	Erstelldatum:	öffentlich 25.06.2012
	Aktenzeichen:	Ref. 4 Dr. K/Se
Fortführung des Notrufes für Kinder und Jugendliche durch die Elternschule Amberg e. V.		
Referat für Jugend, Senioren und Soziales Verfasser: Herr Richard Donhauser		
Beratungsfolge	10.07.2012	Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Mit der Fortführung des Notrufes für Kinder und Jugendliche um ein weiteres Jahr (07.11.2013) besteht Einverständnis.
2. Für die notwendigen Mittel in Höhe von 3.800,00 € wird eine Kostenzusage erteilt.

Sachstandsbericht:

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.07.2004 wurde einer einjährigen Testphase des Notrufes für Kinder und Jugendliche durch die Elternschule Amberg e.V. zugestimmt. Mit Beschlüssen vom 19.07.2005, 19.10.2006, 16.10.2007, 23.09.2008, 24.11.2009 und zuletzt mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.10.2010 wurde der Notruf für Kinder und Jugendliche verlängert.

Die vorgelegten Zahlen der Elternschule über die Inanspruchnahme des Notrufes im Zeitraum 01. August 2010 bis 31. Juli 2011 zeigen die Inanspruchnahme des Dienstes auf:

Monat	Anrufe
August 2010	13
September 2010	5
Oktober 2010	3
November 2010	5
Dezember 2010	13
Januar 2011	8
Februar 2011	3
März 2011	16
April 2011	14
Mai 2011	40
Juni 2011	29
Juli 2011	13
Insgesamt	162

Die eingegangenen Anrufe waren folgenden Themenbereichen zuzuordnen:

1	Sinn/Orientierung	2
2	Einsamkeit	2
3	Krankheit	2
4	Krankheit seelisch	3
5	Sucht	2
6	Suizid	---
7	Sterben, Tod, Trauer	---
8	Gewalt	10
9	Sexualität	9
10	Sexanrufe	2
11	Schwangerschaft	2
12	Liebeskummer	14
13	Familie/Verwandschaft	6
4	Freunde	5
15	Schule/Arbeit/Ausbildung	3
16	Wohnen	1
17	Geld/Wirtschaftliche Fragen	0
18	Sonstiges (Rückmeldungen, Schweige- anrufe, Scherzanrufe, Informationsanrufe,	99
19	Aufleger	24
		186

In einem Fall wurde die Polizei, in zwei Fällen das Jugendamt eingeschaltet, einmal das Jugendamt des Landkreises Amberg-Weizsach.

Nach Meinung der Elternschule konnte jedem Anrufer Hilfestellung gewährt werden.

Aufgrund der vorgelegten Zahlen ist das Jugendamt der Ansicht, dass der Notruf fortgeführt werden sollte.

Die notwendigen Kosten hierfür sind in den Haushalt 2013 eingebracht.

Dr. Knerer-Brütting, Rechtsdirektor

Verteiler:

Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Ref. 1, Ref. 2, Ref. 4, Amt 4.1, RP

z. A. "Beschlussvorlagen"

z. A. in Reg.